

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)

2016/69

vom 11. April 2018

1. Ausgangslage / [Bisheriger Verlauf](#)

Am 10. März 2016 reichte Florence Brenzikofer das Postulat 2016/069 «Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)» ein. Der Vorstoss wurde am 14. April 2016 an den Landrat überwiesen. Die Regierung von Basel-Landschaft wird darin aufgefordert, sich in vergleichbarer Art wie der Nachbarkanton Basel-Stadt im TRAS zu engagieren und diesen aktiv zu unterstützen.

In ihrem ersten Bericht zur Vorlage beantragte die Umweltschutz- und Energiekommission dem Landrat mit 6:1 Stimmen bei 4 Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben. Der Landrat hat das Postulat an seiner Sitzung vom 1. Juni 2017 mit 39:38 Stimmen (mit Stichentscheid des Landratspräsidenten) stehen gelassen. Mit der zweiten Vorlage zum Postulat trägt der Regierungsrat der im Rahmen der Landratsdebatte gewünschten vertieften Darstellung der Organisation TRAS Rechnung und stellt gleichzeitig fest, dass er zu keiner anderen Beurteilung gelangt als in seiner ersten Stellungnahme. Der Regierungsrat lehnt einen Beitritt zu TRAS ab.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde in der Kommission am 12. März 2018 unter Beisein von Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, BUD-Generalsekretärin Katja Jutzi sowie Katrin Bartels, Leiterin Familie, Integration und Dienste SID, behandelt.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Grossmehrheitlich ist die Kommission mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Es wird allgemein anerkannt, dass der Regierungsrat ausführlich geprüft und berichtet hat.

Eine kleine Minderheit ist der Ansicht, der Regierungsrat könnte sich mit einem Beitritt zu TRAS stärker für eine erhöhte Sicherheit der Bevölkerung vor Atomrisiken einsetzen. Demgegenüber erklärt die Verwaltungsvertreterin, dass in Bezug auf Kernkraftwerke ausserhalb der Schweiz – die in unmittelbarer Nähe der Landesgrenze liegen –, andere politische Kanäle genutzt werden müssen. In Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Fessenheim beispielsweise hat sich der Regierungsrat bereits mehrmals in schriftlicher Form direkt an den französischen Präsidenten gewendet, unter anderem gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt.

3. Antrag an den Landrat

Die UEK beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen bei einer Enthaltung, das Postulat abzuschreiben.

11.04.2018 / ble

Umweltschutz- und Energiekommission

Franz Meier, Präsident